

Stellungnahme zu Fragen der Migration und Integration in Rheine,
erstmals vorgetragen in der Sitzung des Rates der Stadt am 5. Oktober 2010
Hartmut Klein
Migrationsbeauftragter der Stadt Rheine

Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder des Rates, meine Damen und Herren,

vor fast genau 21 Jahren habe ich in Prag erlebt, wie Tausende überwiegend junge Menschen geflohen sind aus einem Staat, der Emigration weitest gehend einschränkte. Vor 20 ½ Jahren, am 24. März 1990, war ich Zeuge, wie in der Bernburger Gaststätte „Haus der Freundschaft“ ein junger, vermutlich im Kalibergbau arbeitender und aus Moçambique stammender dunkelhäutiger Mann abgewiesen wurde, obwohl eine Reihe von Plätzen frei war.

Dass Staaten wie die DDR zusammenbrachen, wunderte mich nicht. Diese Staaten, die Völkerfreundschaft in ihrer Propaganda groß schrieben, sich aber in der Realität im höchsten Maße gegen kulturelle Einflüsse von außen abschotteten und Menschen aus fremden Kulturkreisen ablehnten, sind – so ist meine Einschätzung – in der Konsequenz politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich erstarrt.

Spätestens bei der „Lichterketten“-Demonstration am 30. Januar 1993 hier in Rheine erfuhr ich, dass alle relevanten gesellschaftlichen und politischen Gruppen in unserer Stadt sich strikt **gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** verwahren, und ich vermerke mit Anerkennung und Genugtuung, dass Bürgerschaft, Rat und Verwaltung dieser Linie treu geblieben sind. Das weisen entsprechende Ratsbeschlüsse, Migrationskonzepte, Leitlinien und Dokumente aus. Auch das Handeln verschiedener städtischer und nichtstädtischer Fachstellen und Organisationen ist sichtbar und nachhaltig von dieser Grundhaltung geprägt.

An dieser Stelle knapp einige grundsätzliche Ausführungen: Derzeit leben in Rheine bei einer Bevölkerungszahl von etwa 77500 etwa 4400 Menschen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Insgesamt sind etwa 100 Staatsangehörigkeiten bzw. Ethnien vertreten. Eindrucksvolle Porträts von Menschen aus etwa 90 Kulturkreisen hat der Fotograf Hermann Willers gefertigt, die der Caritasverband Rheine in einer Ausstellung im Januar 2011 zeigen wird. Lassen Sie sich überraschen.

Die Zahlen der Spätaussiedler sind schwer zu fassen. Ich gehe davon aus, dass sie, wie 2009, bei etwa 6000 liegen. Die Spätaussiedler sind, genauso wie auch die über 1000 Bürger, die die deutsche Staatsbürgerschaft in den letzten 10 Jahren erworben haben, den Menschen mit Migrationshintergrund zuzuordnen, so dass man auf einen **Gesamtanteil aller Zuwanderer an der Bevölkerung Rheines von ca. 14 bis 15 %** kommt.

Die allgemeine Situation in Rheine zeigt aber auch, dass das Phänomen Zuwanderung keinesfalls mit einer Problemlage gleichzusetzen ist. Vor diesem Hintergrund ist die Aussage eines Ratsmitgliedes zu bewerten, der im Zusammenhang mit Migration und Integration von einer „vergleichsweise heilen Welt“ sprach, die hier in Rheine vorzufinden ist. Ich stimme dieser Wertung zu.

Rheine, so hat es mein Amtsvorgänger Werner Althoff ausgedrückt, ist eine ausländerfreundliche Stadt mit vielen ehrenamtlich im Zuwandererbereich tätigen Einheimischen, aber auch Zugewanderten, und mit vielen hauptberuflich in der **Migrationsarbeit Tätigen bei der Stadtverwaltung, beim Caritasverband und in vielen weiteren Institutionen**. Es wurden und werden hier hervorragende Dienste geleistet. Dafür ist auch heute allen Aktiven ausdrücklich Dank zu sagen.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Umgang der Stadtverwaltung mit der sogenannten Altfallregelung erwähnen. So wurden in einem längeren Prozess von den Anträgen auf ein **Bleiberecht** für 330 Menschen bis heute 323 positiv beschieden – und zwar „unter besonderer Berücksichtigung ... humanitärer Gesichtspunkte“. Ein Verfahren, was im interkommunalen Vergleich durchaus nicht als selbstverständlich erscheint.

In den ersten Monaten meiner Tätigkeit durfte ich im **Integrationsrat** und einigen daraus erwachsenen Arbeitskreisen mitwirken. Zur Wahl des Integrationsrates, der sich im März 2010 konstituierte, hatten sich neben einigen Einzelbewerbern zwei multinationale Gruppierungen zur Wahl gestellt. Für mich eine bemerkenswerte Entwicklung, weg von einer Interessenvertretung einer einzelnen Nationalität hin zur Übernahme einer gesamtpolitischen Verantwortung für unsere Stadt. Meiner Einschätzung nach hat dies dem Renommee und der konstruktiven Arbeit dieses Gremiums genützt. An dieser Stelle möchte ich dem ausgeschiedenen langjährigen Vorsitzenden Kamal Kassem meinen herzlichen Dank aussprechen. Er hat im Rahmen des Ausländerbeirats bzw. des Integrationsrates nachhaltig zur positiven Entwicklung in der Stadt beigetragen. Dem neuen Vorsitzenden Manoharan Murali wünsche ich viel Erfolg in der Fortführung der so begründeten Tradition der politischen Teilhabe der Zuwanderer in dieser Stadt.

Die Praxis des **interreligiösen Dialogs** habe ich schon in meiner Berufstätigkeit als Gewinn bringend empfunden, gleich ob moslemische Schüler bei den schulischen Weihnachtsfeiern mitgewirkten oder Schülergruppen die moslemischen Gebetsräume in Rheine oder die Synagogen in Enschede und Münster besuchten. Inzwischen hat die Fachstelle Migration der Stadtverwaltung Mühe, allen Anfragen nach Begleitung von Besuchern in den moslemischen Gebetsräumen in Rheine nachzukommen. Das Interesse aus allen Bevölkerungskreisen ist groß. Zwischen der Polizeiinspektion Rheine und der Moschee an der Münsterstraße gibt es nachbarschaftliche Gespräche. Besonders erwähnen möchte ich, dass die höchsten Repräsentanten der Stadt, die Bürgermeisterin, ihre Stellvertreter und auch andere Mitglieder des Rates diesen interreligiösen Dialog aktiv begleiten.

Die **kulturellen Aktivitäten der Zuwanderer** fanden wie in den letzten Jahren ihren Ausdruck in Festveranstaltungen, so in den letzten Monaten beispielsweise beim portugiesischen Sommerfest an der Stoverner Straße. Auch erwähne ich den Weltkongress für die tamilische Kultur, der in Anwesenheit einer Reihe von hochrangigen Vertretern aus der ganzen Welt vor einigen Wochen zum zweiten Mal in Rheine stattfand. Schließlich war das schon seit 15 Jahren stattfindende Kunterbunt-Festival am 18. September wieder einmal ein voller Erfolg. In diesem Jahr stand es unter dem Motto „So spielt die Welt“. Zum ersten Mal beteiligten sich Hip-Hop-Tänzer, die, aufbauend auf einer schulischen Arbeitsgemeinschaft der Elisabethhauptschule und trainiert im Jugendtreff „Underground“, ihre Künste darboten, übrigens junge Menschen aus verschiedenen Nationen und Ethnien. Der gemeinsame Spaß am Tanzen lässt sie zur Gruppe zusammenwachsen.

Mein Vorgänger Werner Althoff hat eine Stärkung integrativer Maßnahmen im Bildungsbereich angemaht. Festzuhalten ist, dass die **Sprachoffensive** der Stadt Rheine auch deswegen erfolgreich weiterläuft, weil sie dezentral und über zahlreiche Träger gerade viele Frauen erreicht. Dass die Vermittlung von Deutsch auch auf höherem Niveau voranschreitet und dass eine Reihe der Frauen sogar die auf 600 bzw. 900 Stunden angelegten Integrationskurse belegt, ist deutliches Zeichen eines positiven Integrationsgeschehens.

Die drei **Stadtteilbüros** der städtischen Fachstelle Migration an der Catenhorner Straße, der Dutumer Straße und der Humboldtstraße werden mit ihren unterstützenden Maßnahmen der Beratung, der Erwachsenenbildung, der Hausaufgabenhilfe und der Jugendarbeit gut angenommen. Allerdings ist – trotz umfassender ehrenamtlicher Hilfe – die **Sicherung der hauptamtlichen personellen Ausstattung** vonnöten. Das „Integrierte Stadtteil-Handlungskonzept Rheine Dornekamp-Süd“ soll auch die migrationsbezogene Stadtteilarbeit beispielhaft voranbringen.

Es besteht deutschlandweit Konsens darüber, dass **Bildung eine Schlüsselfunktion** bei der Integration besitzt. Nur die ständige Verbesserung der Bildung junger Menschen sichert die Zukunft dieses Landes. Dazu ist anzumerken, dass in der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Rheine bemerkenswerte Erfolge zu vermelden sind. Das im Rahmen des Integrationsmonitoring von der Fachstelle Migration der Stadt zusammengetragene Zahlenmaterial bietet hierfür zahlreiche Belege. Einige Beispiele daraus: Zwar zeigt sich noch ein gewisser Aufholbedarf bei den **Bildungsabschlüssen**. Aber immerhin sind fast 15 % aller Abiturienten in Rheine Schüler mit Migrationshintergrund sowie fast 18 % aller Real- und 38 % aller erfolgreichen Hauptschulabsolventen.

Noch deutlicher ist der Bildungsfortschritt bei unseren Kleinen zu beschreiben. So zeigte sich bei der diesjährigen Schuleingangsuntersuchung des Gesundheitsamtes in Rheine ein nur noch sehr geringer Unterschied im **Sprachvermögen** zwischen den Kindern ohne Migrationshintergrund und der Gesamtgruppe mit Migrationshintergrund. Konkret geht es hier um einen maximal erreichbaren Wert von 5,0 Punkten. Die beiden Gruppen erreichten Durchschnittswerte von 4,9 bzw. 4,6 Punkten. An dieser Stelle muss die **erfolgreiche Arbeit der Kindertagesstätten** ausdrücklich gewürdigt werden.

Dieses Ergebnis wird im Gespräch von einem Grundschulleiter bestätigt, der bei einem Anteil von etwa 50 % Migranten in den Eingangsklassen keinen Unterschied im Sprachvermögen mehr ausmachen kann. Eine ähnliche Aussage galt auch für Schüler in den höheren Grundschulklassen, in denen der spezielle sprachliche Förderbedarf für beide Gruppen etwa gleich, d.h. vergleichsweise gleich gering sei.

Zu ergänzen ist, dass es an Schulen in Rheine **muttersprachlichen Unterricht** in Arabisch, Portugiesisch, Russisch, Tamilisch und Türkisch gibt, was sprachliche Kompetenzen der Kinder und auch ihre emotionale Sicherheit stärkt. In diesem Zusammenhang ist die Initiative des Integrationsrates zu begrüßen, die darauf abzielt, dass die **Stadtbibliothek** in stärkerem Maße als bisher Medien auch in diesen Sprachen bereit stellt.

Dieses an sich sehr positive Ergebnis muss allerdings relativiert und ergänzt werden. Nach Gesprächen mit weiteren Fachleuten „vor Ort“ ist festzuhalten, dass einige Bildungseinrichtungen in Rheine auch deutliche Unterschiede in der sprachlichen Kompetenz feststellen, so dass – nach meiner Einschätzung – die **Gefahr einer Segregation, einer Spaltung** besteht. Ich versuche, hier meine Informationen knapp zusammenzufassen:

In zwei von mir besuchten Bildungseinrichtungen, beide mit einem Migrantenanteil von etwa 80 %, gibt es trotz nachhaltiger, intensiver Fördermaßnahmen bei den Altersgruppen bis zum 10. Lebensjahr weiterhin einen **erhöhten Förderbedarf** auf verschiedenen Feldern, nicht nur im sprachlich-kognitiven Bereich. Nicht wenige Kinder beherrschen mit drei Jahren weder die Muttersprache noch die deutsche Umgangssprache altersgemäß hinreichend. Selbst bei nachhaltiger Förderung auch im fortgeschrittenen Alter, sind bei einer Reihe von Kindern noch erhebliche Defizite, etwa im Satzbau, zu vermerken. Hintergrund sind hier aber auch die nicht unerheblichen Defizite in für Bildung nötigen Verhaltensmustern („Sekundärtugenden“, Verlässlichkeit, Stetigkeit). Dazu kommt vor allem im Primar- und Sekundarbereich bei einigen Schülern eine auch in der Alltagssprache feststellbare latente Gewaltbereitschaft.

Fachleute aus diesen Bildungseinrichtungen konstatieren auch, dass die Zusammenarbeit mit einer Reihe von Eltern vergleichsweise schwierig ist, teilweise auch, weil Sprachkompetenz fehlt. Religionsbedingte Missverständnisse oder Probleme erschienen den Gesprächen zufolge übrigens marginal.

Die dritte von mir besuchte Bildungseinrichtung, eine Hauptschule, wird von mehr als 40 % Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besucht. Eine besondere Herausforderung läge hier darin, dass auch während des Schuljahres gelegentlich **Schüler ohne jegliche Deutschkenntnisse** aufgenommen werden müssten. Diese sind besonders zu fördern. Ansonsten bestehe erhöhter Sprachförderbedarf bei etwa einem Viertel der Schülerschaft. Dafür ist eine zusätzliche Lehrerstelle zugewiesen. Auch die Volkshochschule Rheine unterstützt die Schule, was über einen längeren Zeitraum durchaus zu erkennbaren Erfolgen führe.

Abgesehen von einem stärkeren Förderbedarf von Migranten in den Eingangsschuljahren gebe es – so betont der Schulleiter – **keine spezifischen „Migrantenprobleme“**, auch was etwa religiöse Fragen angehe. Dazu trage auch der islamische Religionsunterricht in deutscher Sprache bei.

Hauptziel der Schule sei es, das Selbstwertgefühl der Schülerinnen und Schüler zu stabilisieren und sie fachlich wie sozial auf das Berufsleben vorzubereiten.

Ausdrücklich betont der Schulleiter den **Nutzen des gebundenen Ganztagsunterrichts**, der neben der Entlastung der Kinder von Hausaufgaben auch ein breiteres Bildungsangebot ermögliche sowie deutliche Fortschritte im sozialen Lernen bringe. Im Übrigen sei zu unterstreichen, dass körperliche Gewalt im Schulleben keine bemerkenswerte Rolle spiele.

Die Leiter der besuchten drei Bildungseinrichtungen wünschen sich vor allem eine **Stärkung der Elternarbeit**. Zur Stärkung dieser Arbeit gibt es verschiedene Initiativen der Stadt und anderer Träger, darunter erste Erfahrungen der städtischen Fachstelle Migration aus zwei „Elternkonferenzen“, die den Schluss nahe legen, dass die Eltern von zugewanderten Schülern durchaus am schulischen Erfolg ihrer Kinder interessiert sind, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten aber noch nicht recht erkennen können. Weiter nenne ich eine gerade anlaufende Aktion mit „Kulturdolmetschern“ an einer Grundschule, die mithelfen sollen, Barrieren abzubauen, aber durchaus auch erfolgreiche Initiativen und Ansätze in verschiedenen Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen. Auch der Integrationsrat wird sich diesem Ziel, Eltern in den Bildungsprozess ihrer Kinder einzubinden, in nächster Zeit verstärkt widmen. Gerade auf diesem Feld ist aber aller Erfahrung nach Geduld und Stetigkeit, Sensibilität und Toleranz in hohem Maße nötig.

Auch die weitere sächliche wie personelle **Stärkung der Ganztagsbildung** vom frühen Vorschulalter an ist dringend erwünscht, etwa die Möglichkeit des Einsatzes von Sozialpädagogen auch in Grundschulen oder z.B. die Ausweitung der räumlichen Ressourcen in manchen Kindertagesstätten. Noch einmal: Es geht um **Arbeit gegen soziale und räumliche Segregation, gegen Spaltung des gesellschaftlichen und räumlichen Zusammenhalts der Stadt Rheine**.

Nach meinen Besuchen in den drei Bildungseinrichtungen möchte ich nicht vergessen, die Menschen besonders hervorzuheben, die **jeden Tag stundenlang mit jungen Menschen**, manchmal sehr mühsam und mit Enttäuschungen verbunden, aber immer mit Freude und insgesamt sehr **erfolgreich integrativ arbeiten**, die Damen und Herren aus der Sozialarbeit, den Kindertagesstätten, den Schulen und den angeschlossenen Betreuungseinrichtungen. Nur durch sie ist nachhaltige Integrationsarbeit möglich.

Für mich derzeit nicht zu überschauen ist die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in die **nachschulische Ausbildung**. Ich vermag nicht zu sagen, ob die Zahlen der Stadtverwaltung und der der Stadt zugehörigen Einrichtungen repräsentativ sind, nach denen etwa 6 % der Ausbildungsstellen mit Migranten besetzt worden sind. Viele junge Migrantinnen und Migranten nutzen zunächst die Orientierungsangebote der Kreishandwerkerschaft, der CaritasAusbildungswerkstätten und des Berufskollegs. Viele machen dort auch eine überbetriebliche Ausbildung. Längst nicht allen gelingt es, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Lehrstelle zu bekommen. Nicht selten finden sie sich in ungelernter Arbeit und in Leiharbeitsverhältnissen wieder.

Ausdrücklich an die jungen Migranten gerichtet ist hier die Aufforderung, sich nicht nur zu schulisch begleiteten Betriebspraktika in den Bereichen des öffentlichen Dienstes zu melden, sondern auch den Mut zu finden, sich dort **zahlreich zu bewerben**. Der öffentliche Dienst sollte aber auch z. B. in Stellenausschreibungen ausdrücklich darauf hinweisen, dass ihm Bewerber/innen mit Zuwanderungshintergrund willkommen sind.

Wenn man von Hochschulen absieht, scheint es mir – vorsichtig formuliert – im gesamten nachschulischen Ausbildungsbereich noch einen **Nachholbedarf mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund** zu geben. **Lotsen- und Patenschaftsprojekte**, z.B. von der Stadtverwaltung und vom Caritasverband Rheine in Zusammenarbeit mit einigen Schulen initiiert und getragen, scheinen erste Ansätze zur Besserung der Entwicklung zu bieten, wenn sich auch die greifbaren Erfolge noch nicht zuverlässig einstellen. Auch auf diesem Feld scheinen neben der Fortsetzung der eingeleiteten Maßnahmen genauere Beobachtungen, wahrscheinlich auch viele Gespräche notwendig zu sein.

Ein Aspekt noch liegt mir besonders am Herzen: Persönlich habe ich erfahren, dass ein Mensch, je weiter er in seiner letzten Lebensphase voranschreitet, sich immer stärker seiner Muttersprache, seiner Kindheits- und Jugenderlebnisse und seiner kulturellen und sprachlichen Prägung erinnert, und dass er dabei begleitet werden sollte. Nur vereinzelt sind Initiativen zur **Begleitung älterer Menschen** zu erkennen, die vielleicht vor Jahrzehnten zugewandert sind und nun in ihre letzte Lebensphase kommen. Die Zusammenarbeit der Fachstelle Migration mit dem Altenpflege-seminar an der Devesburgstraße und der städtischen Koordinationsstelle Seniorenarbeit sowie der Expertengesprächskreis des TaT zur Interessenslage von pflegebedürftigen Migranten sind erste Ansätze. Ich muss aber sicherlich niemanden überzeugen, dass sich hier zukünftig ein großes neues humanitäres Aufgabenfeld auftut, auf das wir uns rechtzeitig einstellen sollten, um Antworten und Wege bereit zu stellen, wenn das Thema offensichtlich wird.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

Rheine, die Stadt, ihre **wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung**, wären **ohne die Zuwanderer** der letzten Jahrzehnte **undenkbar**. Angesichts des **demographischen Wandels** wird **Zuwanderung volkswirtschaftlich notwendig** bleiben, wahrscheinlich sogar in verstärktem Maße. Nur so werden wir den mit Hilfe der Zuwanderer erwirtschafteten Wohlstand wahren können.

Integration von Zuwanderern bleibt daher eine **gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe**, die wir geduldig und nachhaltig in den nächsten Jahrzehnten weiterhin wahrzunehmen haben.

Wir müssen uns dabei über die **Erwartungen** klar werden: Von den Zuwanderern ist wie bisher zu erwarten, dass sie das deutsche Rechts- und das im Grundgesetz formulierte Wertesystem anerkennen, Deutsch als öffentliche Sprache akzeptabel erlernen und – wie ein Mitglied des Integrationsrates es neulich formulierte – die ihnen gebotenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen verantwortlich nutzen. Von uns, von den Einheimischen ist zu erwarten, dass wir den Migranten auf diesem Weg jede erdenklichen Förderung mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe bietet, auch, dass wir unterschiedliche „mitgebrachte“ Kulturen akzeptieren, dass wir **jeden Zugewanderten als einzelnen Menschen** wahrnehmen und anerkennen.

In diesem Sinne wünsche ich eine gedeihliche Zusammenarbeit und danke für die Aufmerksamkeit.
